

Informationspflichten gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Datenschutzhinweise der Kreisverwaltung Bad Dürkheim, Kreissozialamt

Grundsicherung

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim

Tel.: 06322/961-0
Fax: 06322/961-1156

E-Mail: info@kreis-bad-duerkheim.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Die Datenschutzbeauftragte
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim

Tel.: 06322/961-0

E-Mail: datenschutzbeauftragte@kreis-bad-duerkheim.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrags auf Grundsicherung erhoben und verarbeitet. Dies ist erforderlich, um die Leistungsvoraussetzungen zu prüfen, die Berechnung, Auszahlung und Verwaltung von Geldleistungen vorzunehmen sowie Sie umfassend beraten zu können. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Beteiligung weiterer Sozialleistungsträger, bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen, bei der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen, bei der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch sowie ggf. zu Prüfzwecken durch den Landes- oder Bundesrechnungshof bzw. das Rechnungsprüfungsamt verarbeitet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Artikel 6 Abs. 1 Bst. c DS-GVO i.V.m. §§ 67 ff. SGB X. Darüber hinaus ist gem. Artikel 6 Abs. 1 Bst. a DS-GVO eine

Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Personenbezogene Daten können, soweit eine gesetzliche Übermittlungsbefugnis vorliegt, an folgende Empfänger übermittelt werden:

- Andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Wohngeldbehörde, Berufsgenossenschaften, Pflegekassen)
- Vermieter
- Bundesknappschaft
- Kreisrechtsausschuss
- Gerichte
- Leistungserbringer
- Andere Stellen der Verwaltung und den dazugehörigen wirtschaftlichen Unternehmen, Gemeinden (z.B. Ausländerbehörde, KFZ-Zulassungsstelle, Abfallwirtschaftsbetrieb, Versicherungsamt)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Landes- bzw. Bundesrechnungshof
- Rechnungsprüfungsamt
- Finanzämter
- Bundeszentralamt für Steuern
- Bundesamt für Finanzen
- Auftragsverarbeiter (z.B. IT-Dienstleister)

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung von personenbezogene Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Ihre Daten werden grundsätzlich nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Eine darüberhinausgehende Speicherung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen. Diese können sich zum Beispiel aus der Bundes- oder Landeshaushaltsordnung, der Abgabenordnung oder dem Handelsgesetzbuch ergeben und bis zu 10 Jahre betragen.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)

- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit,
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.